



Karl Drechsler

# Von Franklin D. Roosevelt zu Donald J. Trump 1932–2017

Präsidenten,  
Demokraten und Republikaner,  
Liberalen und Konservative der USA



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

# Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
<b>I Die Ära der sozial-liberalen Reformen und Bürgerrechtsgesetze (1932–1968)</b>	<b>19</b>
Von Franklin D. Roosevelt zu Lyndon B. Johnson	
Franklin D. Roosevelt (1933–1945)	21
Harry S. Truman (1945–1953)	35
Dwight D. Eisenhower (1953–1961)	53
John F. Kennedy (1961–1963)	75
Lyndon B. Johnson (1963–1969)	95
<b>II Der Beginn einer konservativen Wende (1968–1980)</b>	<b>111</b>
Fünfeinhalb Jahre Richard M. Nixon, zweieinhalb Jahre Gerald Ford, vier Jahre Jimmy Carter	
Richard M. Nixon (1969–1974)	113
Gerald R. Ford (1974–1977)	127
Jimmy Carter (1977–1981)	131
<b>III Die Ära einer zeitweisen Vorherrschaft von Konservatismus und Neoliberalismus (seit 1980)</b>	<b>139</b>
Von Ronald W. Reagan zu Donald Trump	
Ronald W. Reagan (1981–1989)	141
George H. Bush (1989–1993)	153
Bill Clinton (1993–2001)	163
George W. Bush (2001–2009)	175
Barack Obama (2009–2017)	182
<b>IV Die Wahl von Donald J. Trump am 8. November 2016 und der Beginn seiner Präsidentschaft (bis zum Herbst 2017)</b>	<b>195</b>
Trump 1946–2015	197
Wahlkampf und Wahl	198
Bernie Sanders	200
Warum Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt wurde – Versuch einer Erklärung	202
Die ersten Monate der Administration – ein vorläufiges Urteil	207
Literaturverzeichnis (Auswahl)	218
Personenverzeichnis	225
Dank	231

## Vorwort

Was ist falsch gelaufen, dass ein erwiesenermaßen unberechenbarer, superreicher Immobilienmogul und Reality-TV-Star Präsident der USA und damit mächtigster Mann auf Erden werden konnte? Antworten auf diese Frage werden in der wechselhaften Geschichte des Landes im Zeitraum eines knappen Jahrhunderts gesucht. Es geht um 14 Präsidenten von Roosevelt bis Trump, unter ihnen Kennedy und Johnson, Nixon und Reagan, Clinton und Obama. Im Mittelpunkt steht das Tauziehen zwischen Weißem Haus und Kongress, Demokraten und Republikanern, Liberalen und Konservativen.

Roosevelt, Kennedy und Johnson prägten eine Ära sozial-liberaler Reformen und fortschrittlicher Bürgerrechtsgesetze vom Beginn der 1930er bis zum Ende der 1960er Jahre. Mit den Programmen „Krieg gegen die Armut“ und „Große Gesellschaft“ wollte Letzterer weit über alles bis dahin Erreichte hinausgehen. Das Land wäre für die Mehrheit seiner Bewohner gerechter und lebenswerter geworden. Die Spaltung in der Gesellschaft hätte weitgehend überwunden werden können. Es war vor allem der Krieg in Vietnam, durch den der Reformprozess abrupt abgebrochen wurde. Er verschlang die riesigen Mittel, die für Sozialprogramme vorgesehen waren. Eine neue Ära begann, die einer zeitweisen Vorherrschaft von Konservatismus und Neoliberalismus. Vom Ausgang der 1960er Jahre an drifteten Republikanische und, etwas zögerlicher, Demokratische Partei, wirtschaftliche und politische Eliten und ein großer Teil der Wählerschaft mit einigen Unterbrechungen immer weiter nach rechts, bis der Boden für einen Donald Trump bereitet war.

Viele der Forderungen Trumps sind nicht unbedingt neu, sondern spielten auch schon bei einigen seiner Vorgänger eine Rolle, wenn auch nicht in der aktuellen Rigorosität. Dazu gehören: das Bestreben, Amerika groß bzw. wieder groß zu machen; Steuersenkungen, die vor allem den Reichen nutzen; mehr Wirtschaftswachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze ohne Rücksicht auf den Schutz der Umwelt; Forderungen an die Verbündeten, die Rüstungsausgaben zu erhöhen; zeitweise eingeführte Importzölle; der leichtfertige Umgang mit den Schulden des Staates; der Bau einer Sperranlage an der Grenze zu Mexiko.

Und da geht es noch um die Frage, ob und welche Alternativen es vor allem in der Außenpolitik gegeben hat. War der Kalte Krieg wirklich unvermeidlich oder wäre bei mehr Vernunft in Washington und Moskau auch ein vorwiegend friedlich geführter Wettstreit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen möglich gewesen, – eine Verwirklichung der Vision Roosevelts? Würde eine Welt ohne die Osterweiterung der NATO, wie sie namhafte Vertreter der USA in den 1990er Jahren gefordert hatten, nicht viel friedlicher sein als die gegenwärtige?

## Einleitung

In der Geschichte politischer Bewegungen, Organisationen und Institutionen ist so etwas wohl einmalig: Seit 1854, seit mehr als eineinhalb Jahrhundert, bestimmen zwei Parteien die Geschicke eines Landes und seiner Bevölkerung: die *Democratic* und die *Republican Party* der *United States of America* – in der schnelllebigen Politik eine kleine Ewigkeit. Über gesellschaftliche Umbrüche und Stagnationen, revolutionäre und evolutionäre Veränderungen, Kriege und Frieden, Siege und Niederlagen, Triumphe und Katastrophen des Landes hinweg behaupteten sie sich, arbeiteten zeitweise einigermaßen gut zusammen, agierten gegeneinander und verteufelten sich. In unregelmäßigem Wechsel stellten sie den Präsidenten. Dritte Parteien gab es nicht wenige. Ihre Vertreter hatten aber nie eine wirkliche Chance, ins Weiße Haus einzuziehen.

Die Anfänge der Demokratischen Partei gehen bis in die neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts zurück, genau gesagt: bis 1792. Als „Gründervater“ gilt Thomas Jefferson, prominenter Vertreter der Aufklärung, renommierter Wissenschaftler, wichtigster Autor der Unabhängigkeitserklärung von 1776 und Präsident der USA von 1801 bis 1809 – der dritte nach George Washington und John Adams. Seine Anhänger wurden *Jeffersonian Republicans*, *Democratic Republicans* oder auch einfach *Republicans*, *Democrats* oder *Jeffersonians* genannt. In der Auseinandersetzung mit Finanzminister Alexander Hamilton, der für eine starke Zentralgewalt eintrat, wurden sie, wie Willi Paul Adams meint, „die erste Oppositionspartei in der amerikanischen Parteiengeschichte. ... Der vermeintlich autonome und selbstverantwortliche Bauer auf freier Scholle, der *yeoman farmer*, galt Jefferson als erstrebenswerteste, mit der republikanischen Regierungsform am besten vereinbare und in Amerika jedem Tüchtigen erreichbare Lebensform.“<sup>1</sup> 1828 wurden die *Jeffersonians*, die, wie andere, eigentlich nur ein loser Wahlverein waren, von Andrew Jackson, dem siebten Präsidenten der USA, und Martin Van Buren, Senator von New York und Nachfolger von Jackson im Amt des Präsidenten, reorganisiert und modernisiert. Kurz danach bürgerte sich der Name *Democratic Party* ein.

In der Zeit von den 1820er Jahren bis 1860 wurden die Demokraten immer mehr zu einer Partei, die vor allem die Interessen des Südens, das heißt, der dort herrschenden Großgrund- und Plantagenbesitzer vertrat. Deren Reichtum beruhte auf der Ausbeutung von Sklaven. Die sogenannte *Nebraska-Bill* (*Kansas-Nebraska Act*) von 1854 hob den Missouri-Kompromiss aus dem Jahr 1820 auf, der eine Ausbreitung der Sklaverei nördlich einer Linie 36° 30' verboten hatte. Das bedeutete eine direkte Bedrohung der Staaten des Nordens, insbesondere ihrer Wirtschaft. Brauchte der Süden zum Absatz seiner Produkte den Freihandel, so befürwortete der Norden den Protektionismus, um die junge Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen.

Bei der Gründung der USA hatten etwa 600.000 Menschen eine schwarze Hautfarbe. Für sie, die aus Afrika verschleppten Sklaven, galten die Prinzipien von Freiheit

und Gleichheit nicht. Schon früh forderten humanistisch gesinnte Bürger und Bürgerinnen die Abschaffung der Sklaverei, jener Institution, die von den Sklavenhaltern beschönigend „besondere Einrichtung“, *peculiar institution*, genannt wurde. 1775, noch vor der Unabhängigkeitserklärung, war Thomas Paine in einem Artikel für Gerechtigkeit und Menschlichkeit für alle eingetreten und hatte darin die meisten Argumente der späteren *abolitionists*, derer, die die Abschaffung der Sklaverei verlangten, vorweggenommen.<sup>2</sup> Seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die Sklaverei zum wichtigsten innenpolitischen Problem. Als Folge der territorialen Expansion und der schnellen wirtschaftlichen Erschließung der neugewonnenen Gebiete dehnte sich dieses System weiter aus. Der Publizist William Lloyd Garrison gründete als Reaktion darauf 1831 die erste Antisklaverei-Gesellschaft. Von 1831 bis 1865 gab er die abolitionistische Zeitschrift „*The Liberator*“ heraus. Die Bewegung der *Abolitionists* schwarzer und weißer Hautfarbe gewann an Zustimmung und Kraft. 1854 gründeten die unterschiedlichen Bewegungen, die die Sklaverei ablehnten und wirtschaftliche Interessen vor allem des Nordens vertraten, eine eigene Partei, die *Republican Party*. 1860 gewann Abraham Lincoln als deren Kandidat die Wahl zum Präsidenten der USA.

Während der Norden überzeugt war, einer einzigen, unteilbaren Nation anzugehören, sah der Süden in der Union eher eine freiwillige, unter bestimmten Umständen lösbare Vereinigung. Am 20. Dezember 1860 beschloss eine in *South Carolina* tagende *State Convention*, die Sezession, den Austritt aus den Vereinigten Staaten von Amerika, vorzubereiten. Bis zum 1. Februar 1861 erklärten sieben Südstaaten – *Texas, Louisiana, Mississippi, Alabama, Georgia, South Carolina und Florida* – ihre Unabhängigkeit. Am 8. und 9. Februar bildeten sie einen eigenen Staat, die *Confederate States of America*. Jefferson Davis wurde der erste Präsident, Richmond die Hauptstadt.

Mit dem Angriff des Südens auf das *Fort Sumter* im Hafen von Charleston begann am 12. April 1861 der Bürgerkrieg, der bis 1865 dauerte. Jetzt schlossen sich noch *Arkansas, Tennessee, North Carolina und Virginia* den Konföderierten an, zu denen nunmehr 11 Staaten gehörten. Zu den Nordstaaten gehörten *Maine, New Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York, New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Indiana, Michigan, Illinois, Wisconsin, Iowa, Minnesota, Kansas, Oregon und California*. Einige Sklavenhalterstaaten blieben bei der Union: *Missouri, Kentucky, West Virginia*, das sich 1861 von *Virginia* abgetrennt hatte, *Delaware* und *Maryland*.

Die Opfer und materiellen Zerstörungen des Bürgerkrieges waren gewaltig. Der Süden verlor. Die auf Druck Lincolns im Kongress beschlossene *Emancipation Declaration* hob die Sklaverei im Gebiet der aufständischen Staaten auf: „Dass am 1. Januar 1863 alle Personen, die in einem Staat oder dem bezeichneten Teil eines Staates, dessen Bevölkerung sich zu dem genannten Zeitpunkt in Rebellion gegen die Vereinigten Staaten befindet, als Sklaven gehalten werden, dann, von da ab und für immer frei sein sollen.“<sup>3</sup> 1865 wurde Lincoln ermordet. Die von ihm begonnene Entwicklung ging weiter. Das 13., 14. und 15. *Amendment* zur Verfassung, beschlossen in den Jah-

ren 1865–1870, erklärte die Sklaverei für ungesetzlich und gab den Afroamerikanern wichtige Rechte, darunter das Wahlrecht. Im Absatz 1 des 13. Zusatzartikels heißt es: „In den Vereinigten Staaten oder irgendeinem Ort, der ihrer Gesetzgebung unterliegt, darf es keine Sklaverei oder Zwangsarbeit geben“, im Artikel 15: „Keinem Bürger der Vereinigten Staaten darf von den Vereinigten Staaten oder von einem Einzelstaat wegen seiner Rasse, Hautfarbe oder früherer Unfreiheit das Wahlrecht verweigert oder geschmälert werden“.<sup>4</sup>

Nach der Aufhebung der militärischen Besetzung des Südens durch Truppen aus dem Norden (*Reconstruction, 1865–1877*) gelang es den Großgrundbesitzern, einige dieser Rechte durch verschiedene Manipulationen und Tricks zu umgehen oder einzuschränken. Das galt auch für das Wahlrecht der Schwarzen. Der 1866 gegründete *Ku-Klux-Klan (KKK)* entwickelte sich zu einem Instrument des Terrors gegen die schwarze Bevölkerung. Rassismus und Unterdrückung der Afroamerikaner waren, nicht zuletzt auch durch die Inkonsequenz der Republikanischen Partei, nicht wirklich überwunden.

\*

Die Republikaner, bei den weißen Südstaatlern von nun an als „Nigger-Freunde“ verhasst, dominierten von der Mitte der 1860er Jahren bis zur Wahl des Demokraten Franklin D. Roosevelt 1932 die Politik der USA. In dieser Zeit gelang es nur zwei Vertretern der Demokratischen Partei, ins Weiße Haus zu kommen: Grover Cleveland 1885–1889 und, wiedergewählt, 1893–1897 sowie Woodrow Wilson 1913–1921. In 70 Jahren zwölf Republikaner und nur zwei Demokraten im Weißen Haus! – Der Sieg des Nordens im Bürgerkrieg hatte die Einheit der Nation wiederhergestellt. Die Sonderentwicklung des Südens in Politik und Wirtschaft, Kultur und Mentalität aber blieb und prägte nachhaltig die weitere Entwicklung der beiden großen Parteien und des Landes.

Die Republikanische Partei wurde zur eigentlichen und zuverlässigen Interessenvertreterin der großen Wirtschaftsimperien und der Banken im Norden. Sie trug maßgeblich dazu bei, dass die USA noch vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das Britische Empire überholen und zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt aufsteigen konnten. Im Süden hatte sie so gut wie keine Wähler. Die Basis ihrer Macht und ihr Hauptwählerpotential befanden sich im Norden, vor allem im Nordosten des Landes, im geringeren Maße im Mittleren Westen und an der Pazifikküste. Die Demokratische Partei wurde vor allem von der weißen Bevölkerung des Südens gewählt. Für eine Mehrheit der Wählerstimmen im Land reichte das, mit den genannten zwei Ausnahmen Cleveland und Wilson, nicht aus. Am Beginn des Bürgerkriegs waren die USA eine Agrarrepublik, an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine moderne Industrienation. Die schon vorher bestehende soziale Ungleichheit verhärtete sich: 1892 fielen 71 Prozent des Einkommens auf neun Prozent der Bevölkerung.

\*

Die rasch fortschreitende Industrialisierung der USA seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts führte zum Entstehen und zur Entwicklung der amerikanischen *working class*. Schon früh kam es zu ersten Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern. So sind für die Jahre zwischen 1833 und 1837 etwa 170 Streiks bekannt. Im März 1835 fand in Philadelphia der erste Generalstreik der amerikanischen Geschichte statt. Nationale Vereinigungen wie die *National Labor Union* entstanden, die 1866 mehr als 60 gewerkschaftliche Verbände zusammenführte. Im November 1881 wurde in Pittsburgh die *Federation of Organized Trades and Labor Unions of the United States and Canada* gegründet, die sich 1886 zur *American Federation of Labor (AFL)* weiterentwickelte. Am 1. Mai 1886 fand der legendäre Generalstreik für die Einführung des 8-Stunden-Tages statt. Die 1905 entstandene Organisation *Industrial Workers of the World (IWW)* sollte in den bevorstehenden sozialen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen. 1876/1877 bildete sich eine *Socialist Labor Party of North America*, 1901 eine *Socialist Party*. Auch die Farmer schufen sich ihre Organisationen. Eine davon erhielt bei den Wahlen von 1892 mehr als eine Million Stimmen.<sup>6</sup>

Die Bewegung des *progressivism*, die sich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs entwickelte, war eine Reaktion auf die sozialen Missstände und auf daraus hervorgehende Aktionen der Bevölkerung. *Progressivism* war „keine Partei oder Bewegung, sondern ein schillerndes Reformsentiment, das weite Kreise der politischen und intellektuellen Eliten erfasste“.<sup>7</sup> Seine Vertreter forderten eine Verbesserung der Lebensverhältnisse vor allem der Arbeiter und der städtischen Unterschichten. Sie verlangten Maßnahmen gegen die Übermacht der Trusts und anderer Wirtschaftsimperien, aber auch gegen korrupte Stadtverwaltungen. Eine große Rolle spielte der Kampf für das Frauenwahlrecht. Auf dem Forderungskatalog stand auch das Vorgehen gegen den Alkoholmissbrauch. Die urbane Mittelklasse bildete die soziale Basis des *progressivism*. Es war vor allem die Republikanische Partei, die diese Bewegung aufgriff und für sich zu nutzen wusste. Präsident Theodore Roosevelt leitete mehr als 40 Anti-Trust-Verfahren ein, zum Teil gegen die großen Konzerne wie Du Pont und Standard Oil. Der demokratische Präsident Woodrow Wilson setzte diesen Kurs mit einigen Veränderungen fort. Damit sollten die bürgerlich-kapitalistische Ordnung stabilisiert und mögliche soziale Konflikte von vornherein entschärft werden. Die späteren *New-Deal*-Reformen von Franklin D. Roosevelt fußten auf dem *progressivism* und der Politik seiner Vorgänger Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson.<sup>8</sup>

Die drei republikanischen Präsidenten der 1920er Jahre Warren C. Harding, Calvin Coolidge und Herbert C. Hoover verfolgen eine Politik, die ausgesprochen konservativ und marktorientiert war, in gewisser Hinsicht eine Vorstufe des späteren, in den 1970er und 1980er Jahren eingeleiteten Neoliberalismus. Trotz starken wirtschaftlichen Wachstums und faktischer Vollbeschäftigung befand sich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung aber weiterhin in akuter Not. Weit mehr als die Hälfte, etwa 60 Prozent der Familien, lebte 1929 unterhalb des offiziellen Existenzminimums. Zum selben Zeitpunkt verfügte 0,1 Prozent am oberen Ende der Einkommensskala über so

viel Vermögen wie die unteren 42 Prozent. Der Kommentar des Historikers Philipp Gassert: „Die 1920er-Jahre waren ‚golden‘ – aber nur für eine privilegierte Schicht.“<sup>69</sup> Das Wirtschaftswachstum dieses Jahrzehnts endete plötzlich und unerwartet in der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Ihre amerikanische Variante, die *Great Depression*, führte zu einem noch nie dagewesenen Absturz der Industrie und des Bankenwesens. Die große Mehrheit der Bevölkerung wurde in beispielloses Elend gestürzt und hungerte. Die Führungsequipe der Republikanischen Partei reagierte völlig hilflos.

\*

Im November 1932 wählte eine Mehrheit den Kandidaten der Demokratischen Partei Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten. Mit ihm begann eine neue Ära in der Geschichte der beiden großen Parteien und des gesamten Landes. Nach dem Bankrott der Republikaner gelang es den Demokraten, jetzt Schritt für Schritt die Gewerkschaften und damit eine Mehrheit der Arbeiter, viele Intellektuelle und Künstler, Afroamerikaner und andere ethnische Minderheiten, ferner Juden und Katholiken als ihre Wähler zu gewinnen. Diese hofften, dass die ehemalige Partei des Südens und ihrer Grundbesitzer unter den neuen Bedingungen und mit einer neuen politischen Ausrichtung am besten das ihnen in der Verfassung garantierte „Streben nach Glück“ (*Pursuit of Happiness*) verwirklichen könnte.

Bis 1933, bis zu den Präsidenten Franklin D. Roosevelt, John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, war die Demokratische Partei mit ihrem Eintreten für die Aufrechterhaltung und weitere Ausbreitung der Sklaverei sowie, in der Zeit nach dem Bürgerkrieg, für die strikte Verweigerung von Bürgerrechten für die Schwarzen die konservativere. Die Republikanische Partei, verwurzelt vor allem im Norden, eng verknüpft mit der dort sich entwickelnden Großindustrie und den Banken der *Wall Street*, galt als die liberalere und progressivere. Mit Franklin D. Roosevelt, John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson wurden die Demokraten zur Partei der liberalen und sozialen Reformen des *New Deal*, des *Fair Deal*, der *New Frontier*, der *Great Society* und des *War on Poverty* sowie der Bürgerrechtsgesetze (*Civil Rights Acts*). Die Jahre 1932 bis 1968 bewirkten tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft der USA. Sie wurden zu einer neuen Ära amerikanischer Geschichte, zu einer Ära liberaler Reformen und fortschrittlicher Bürgerrechtsgesetze.

Beginnend 1933 mit dem *New Deal* und eindeutig dann seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wechselten die beiden Parteien gewissermaßen die Plätze, tauschten sie ihre Grundorientierungen aus. Die Republikaner beriefen sich zwar immer noch auf Lincoln, wurden aber zu einer konservativen bis ultrakonservativen Partei. Sie orientierte sich mehr und mehr auf Wähler aus dem rechten und ultrarechten Sektor der Gesellschaft sowie aus der fundamentalistischen Christlichen Rechten (*Christian Right*). Außerdem gewann sie die Weißen des Südens, bis dahin die Hauptstütze der Demokraten, als ihre Wähler. Zunehmende Radikalisierung wurde zum Markenzeichen der Partei. Die Moderaten verloren an Einfluss. Ronald Reagan setzte mit seinem Wirtschaftsprogramm der *Reaganomics* die Politik des Neoliberalismus, die Herrschaft

des Marktes, durch und forcierte den Abbau des Wohlfahrtsstaates (*Welfare State*). George H. Bush, der Vater, und George W. Bush, der Sohn, führten in ihrer Präsidentschaft diesen Kurs fort, wenn auch mit anderen Akzenten. Letzterer zeichnete sich, vor allem mit dem Afghanistan- und dem Irakkrieg, durch eine besonders militante Außenpolitik aus, die er mit einer aggressiven Rhetorik betrieb. In den Vereinten Nationen sah er hauptsächlich einen Störfaktor und war bestrebt, sie möglichst zu ignorieren.

Die zunehmende Radikalisierung der Republikanischen Partei zeigte sich nicht zuletzt auch in den politischen Konzepten einiger ultrarechter Personen des Führungspersonals, die in gewisser Hinsicht zu Vorläufern von Donald Trump wurden: *Barry Goldwater* vertrat von 1963 bis 1965 den Bundesstaat Arizona im Senat der USA und spielte dabei eine wichtige Rolle beim Rechtsruck seiner Partei. Als Hardliner war er später ein entschiedener Kritiker der von seinem, dem republikanischen Präsidenten Richard M. Nixon verfolgten Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion. *Newt Gingrich* gehörte von 1979 bis 1999 für den Bundesstaat Georgia dem Abgeordnetenhaus der USA an, von 1995 bis 1999 als dessen Sprecher (*Speaker*). Als der republikanische Präsident George H. Bush in Haushaltsfragen einen Kompromiss mit den Demokraten schloss, zettelte er eine Revolte des rechten Flügels der Partei an. *Sarah Palin* war von 2006 bis 2009 die Gouverneurin des Bundesstaates Alaska. Bei der Wahl von 2008 berief sie der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin. In mehreren Interviews verblüffte sie Journalisten und Publikum mit ihrer erstaunlichen, schon erschreckenden Ignoranz. Sie wurde eine der Leitfiguren der rechtsextremen *Tea Party*-Bewegung.

Nach dem stetigen Abdriften der Republikanischen Partei nach rechts und der schrittweise erfolgenden Radikalisierung ihrer gesellschaftlicher Vorstellungen; nach schmutzigen Versuchen, Bill Clinton wegen moralischer Verfehlungen und Barack Obama wegen seiner angeblich nicht-amerikanischen Herkunft aus dem Weißen Haus zu katapultieren; nach dem Auftreten von politischen Rüpeln à la Goldwater, Gingrich und Palin und nach einer zeitweise totalen, destruktiven Blockadepolitik im Kongress war der Boden bereitet für einen, der noch darüber hinaus gehen konnte und wollte. *Die Stunde eines Donald Trump war gekommen*. 2016, im Vorwahlkampf für das Weiße Haus, schlug er, wider Erwarten der Parteioberen, alle Mitbewerber aus dem Feld. Das Establishment versuchte, ihn aufzuhalten, – vergeblich. Die *Republican National Convention* wählte ihn zum Präsidentschaftskandidaten. Nachdem er zwar nicht die Mehrheit der Wähler, aber die der Delegierten der Bundesstaaten gewonnen hatte, kürte ihn das Wahlkollegium (*Electoral College*) zum 45. Präsidenten der USA. – *Wie es im „Zauberlehrling“ von Johann Wolfgang von Goethe heißt: „Die ich rief, die Geister, werd’ ich nun nicht los“.*

\*

Die auf den Ideen der Aufklärung basierende Verfassung der USA von 1787 wurde beschlossen „in der Absicht, eine noch vollkommeneren Union zu bilden, Gerechtigkeit walten zu lassen, die Ruhe im Inneren zu verbürgen, für die gemeinsame Verteidigung

Sorge zu tragen, das allgemeine Wohl zu befördern und die Segnungen der Freiheit für uns und unsere Nachkommen zu sichern“. Die ersten drei Artikel galten den Rechten und Pflichten des Kongresses, des Präsidenten und der richterlichen Gewalt. Artikel 1 Abschnitt 1 lautet: „Alle gesetzgebende Gewalt, die durch diese Verfassung verliehen wird, soll in den Händen eines Kongresses der Vereinigten Staaten liegen, der aus einem Senat und einem Repräsentantenhaus besteht“ (*Senate* und *House of Representatives*). Artikel 2 übertrug die vollziehende Gewalt einem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Er sollte, zusammen mit einem Vizepräsidenten, jeweils für die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Artikel 3 legte fest, dass die richterliche Gewalt bei einem Obersten Gericht (*Supreme Court*) sowie bei ihm untergeordneten Gerichten liegt.<sup>9</sup> Das sich entwickelnde Staatswesen beruhte damit auf Gewaltenteilung, auf *checks and balances*, gegenseitiger Kontrolle und gemeinsamer Verantwortung der Institutionen. Verglichen mit den feudalen und absolutistischen Herrschaftssystemen war das ein gewaltiger Fortschritt, eine zivilisatorische Errungenschaft, die noch vor der Französischen Revolution von 1789 erreicht worden war.

In zehn am 15. Dezember 1791 in Kraft gesetzten Zusatzartikeln (*Bill of Rights*) wurden die Menschen- und Bürgerrechte formuliert. Im ersten Artikel heißt es: „Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das eine Religion zur Staatsreligion macht oder deren freie Ausübung verbietet oder die Freiheit der Rede oder der Presse beschränkt oder das Recht des Volkes beeinträchtigt, sich friedlich zu versammeln und bei der Regierung um Beseitigung von Missständen nachzusuchen“. <sup>10</sup> Durch weitere Zusatzartikel (*Amendments*), im Verlauf der weiteren Entwicklung der USA beschlossen, wurde die Verfassung ergänzt und präzisiert.<sup>11</sup> So proklamierten die berühmten Zusatzartikel 13–15 der Jahre 1865–1869 die Abschaffung der Sklaverei.

Die Väter der amerikanischen Verfassung strebten eine staatliche Ordnung an, in der Parteien keine Rolle spielen sollten. Landesweit entstanden aber doch Organisationen, die so etwas wie frühe Parteien waren. Als die Bindung des Wahlrechts an den Grundbesitz am Beginn des 19. Jahrhunderts entfiel, wuchs die Wählerschaft zahlenmäßig beträchtlich an. Das stärkte die Bedeutung von Parteien als politische Institutionen. In den ausgehenden 1820er und den 1830er Jahren wurden sie zu einem festen Bestandteil der Politik. Auf diesem Hintergrund erfolgte 1828 die Reorganisation bzw. nach anderer Auffassung die eigentliche Gründung der Demokratischen Partei.

Als dann 1854 die Republikanische Partei gegründet wurde, standen sich zwei große Organisationen gegenüber: Demokraten und Republikaner. Von da an stellten sie die Präsidenten. Es gab keinen einzigen aus einer anderen Partei. Schrittweise entwickelten sich klare Vorstellungen von Wesen und Strukturen, Aufgaben und Zielen dieser Institutionen. Beide Parteien unterscheiden sich beträchtlich von ihren Pendants in Europa. Die der USA kannten und kennen keine Mitgliedschaft, keine formelle Aufnahme oder einen Austritt, ganz zu schweigen von einem Ausschluss. Also gibt es auch keine Beitragspflicht, nur freiwilliges Spenden und eventuelle Registrierungen für eine Partei bei Vorwahlen. Anstelle einer zentralistischen, hierarchischen Organisationsform ist Dezentralisierung das bestimmende Element. Eine *Democratic National Convention* beziehungsweise eine *Republican National Convention* tagt alle

vier Jahre. Ihre Aufgabe ist es, die Präsidentschaftswahl vorzubereiten. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorwahlen bestimmt diese Zusammenkunft mit mittlerweile tausenden Delegierten in einem Riesenrummel die Kandidaten für die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin und seines/ihres Vize. Außerdem wird eine *platform* verabschiedet, die nach der Wahl so gut wie keine Bedeutung mehr hat. Neben den *National Conventions* gibt es noch die *National Committees* beider Parteien. Sie tagen in der Regel zweimal pro Jahr und sind so etwas wie geschäftsführende Ausschüsse. *Congressionell Campaign Committees* dienen, wie es schon der Name sagt, der Vorbereitung von Kongresswahlen.

Wie die Politikwissenschaftler Michael Eilfort und Hartmut Wasser meinen, wirken amerikanische Parteien wie ein Transmissionsriemen und organisieren die Zusammenarbeit von Regierung und Parlament. Sie nehmen Einfluss auf den Prozess der Herrschaft, wirken als Vehikel für den Machterwerb und bestimmen die Besetzung öffentlicher Ämter.<sup>12</sup> Bald nach der Gründung wurden die Parteien zu „Patronage-Organisationen“, die die Versorgung ihrer Anhänger und Unterstützer mit öffentlichen Ämtern und staatlichen Aufträgen betreiben. Der Korruption waren damit Tür und Tor geöffnet. Beide Parteien sind letztlich locker organisierte Verflechtungen wirtschaftlicher, sozialer und ethnischer Interessenverbände. Abhängig vom jeweiligen Wahlergebnis gibt es die *unified government*, wenn die Partei des Präsidenten über eine Mehrheit im Kongress verfügt. Beim *divided government* verfügt sie nur über eine Minderheit. Das Regieren wird schwieriger.

Die amerikanischen Parteien sind ideologisch in sich weniger geschlossen und weniger programmatisch als die europäischen. Die liberalen und die konservativen Flügel der Demokraten und der Republikaner standen sich manchmal näher als die beiden Flügel *einer* Partei. Franklin D. Roosevelt und auch Dwight D. Eisenhower spielten mit dem Gedanken, die Liberalen in einer und die Konservativen in einer anderen Partei zu vereinen. Nach dem Mehrheitswahlrecht der USA kann in jedem Bundesstaat nur *eine* Partei gewinnen. Sie bekommt alle Stimmen für das *Electoral College* (*the winner takes all*). Dritte Parteien haben daher von vornherein keine Chance, einen Präsidenten zu stellen. Zwei weitere Besonderheiten des gegenwärtigen amerikanischen Wahlsystems: Es finden Kräfte zehrende und immer teurer werdende Vorwahlen zur Nominierung des jeweiligen Kandidaten statt. Und: Der gewählte Präsident kann nicht davon ausgehen, dass die *Representatives* und *Senators*, die seiner Partei angehören, ihn bei Abstimmungen im Kongress unterstützen. Einen Fraktionszwang gibt es nicht. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass, von der Gründung der USA an, ein gesundes Misstrauen gegenüber der Regierung, manchmal sogar eine Verachtung des Establishments fester Bestandteil der politischen Kultur sind. Bei den Wahlen von 2016 zeigte es sich besonders deutlich.

Über alle Unterschiede und Gegensätze hinweg eint beide Parteien *eine* Erkenntnis, *ein* Wissen, besonders seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert: Die Macht liegt nicht nur bei ihnen, nicht nur beim Präsidenten im *White House* und beim Kongress auf dem *Capitol Hill*, nicht nur bei den Gouverneuren und Parlamenten der Bundesstaaten. Alle wissen, dass die Wirtschaftsimperien und Großbanken, die Giganten des

Handels und der Dienstleistungen, die Milliardäre und Multimillionäre eine Macht sind, mit der man sich nicht anlegen darf. Demokraten wie Republikaner sind daher bestrebt, sich deren Unterstützung zu sichern, durch Gesetze und andere Maßnahmen ihren Interessen zu dienen, günstige Rahmenbedingungen für Profitmaximierung zu schaffen und in Konfliktsituationen oder Krisen das bestehende Herrschaftssystem zu stabilisieren.

### *Anmerkungen*

- 1 Adams, Willi Paul, Thomas Jefferson 1801–1809. Der Aufklärer und Sklavenbesitzer als Parteiführer, Regierungschef und Landesvater, in: Mauch, Christof (Hrsg.), Die amerikanischen Präsidenten. 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama, München 2013, S. 77 und 79 f. – Siehe auch u. a.: Bibby, John F., Politics, Parties, and Elections in America, Belmont, CA 2003, dort weitere Literaturangaben.
- 2 Brüning, Eberhard (Hrsg.), Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA. Dokumente und Aussagen, Berlin 1976, S. 97 ff.
- 3 Ebenda, S. 175.
- 4 Ebenda, S. 58 ff.
- 5 Es handelt sich um: Andrew Johnson 1865–1869, Ulysses S. Grant 1869–1877, Rutherford B. Hayes 1877–1881, James A. Garfield 1881, Chester A. Arthur 1881–1885, Benjamin Harrison 1889–1893, William McKinley 1897–1901, Theodor Roosevelt 1901–1909, William H. Taft 1909–1913, Warren G. Harding 1921–1923, Calvin Coolidge 1923–1929 und Herbert C. Hoover 1929–1933.
- 6 Brüning, S. 206 ff.
- 7 Gassert, Philip, Kapitel A: Geschichte, in: Lösche, Peter (Hrsg., unter Mitarbeit von Anja Ostermann), Länderbericht USA. Geschichte Politik Wirtschaft Gesellschaft Kultur, Bonn 2008, S. 62.
- 8 Ebenda, S. 69
- 9 Brüning, S. 38 ff.
- 10 Ebenda, S. 54 ff.
- 11 Ebenda, S. 57 ff.
- 12 Eilfort, Michael und Wasser, Hartmut, Politische Parteien und Wahlen, in: Lösche, S. 237 ff.